

Auf emanzipatorischem Kurs!



Foto: Philip Eichler

Inhalt

Hintergrund

- Klimageld – 2 –
- Lithium-Raubbau stoppen – 3 –
- Kulturkampf und Klimakrise – 4 –
- Rechtsruck – 5 –
- Linke Kommunalpolitik – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- #wirfahrenzusammen – 9 –
- Neue Kampagnen – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Fake-Plakate im Shop – 11 –

Auf dem Attac-Ratschlag im November in Hannover wurden einige ermutigende Entscheidungen für Attac getroffen. So haben die Teilnehmer*innen das Positionspapier »Globalisierungskritik neu denken« verabschiedet. Damit haben wir einen zwei Jahre dauernden und breit in Attac geführten Diskussionsprozess abgeschlossen und uns eine aktualisierte Grundlage für die inhaltliche Attac-Arbeit geschaffen – unermüdlich begleitet von einer Moderationsgruppe, die die vielen Stränge und Änderungsvorschläge geduldig zusammengeführt hat. Wir freuen uns sehr darüber, mit diesem Positionspapier einen wichtigen Schritt für ein zukunftsfähiges Attac gegangen zu sein, das den geänderten politischen Rahmenbedingungen gerecht werden kann. Im Netz unter attac.de/positionspapier findet sich die verabschiedete Version.

Emanzipatorischen Kurs zu halten wird bei den vielen sich überlappenden Konflikten und Krisen aktuell eher schwieriger. Doch auf Feldern, wo wir als Attac Einfluss nehmen können, hat der Ratschlag zwei Kampagnen beschlossen, die wir mit möglichst breiter Beteiligung angehen wollen.

Die erste Kampagne wird sich gegen verstärkten Lithiumabbau in Chile richten. Die Industrieländer des Nordens wollen damit ihren explodierenden Bedarf an Batterien zum Beispiel für E-Autos decken. Durch ein neues Handelsabkommen mit Chile will sich die EU Zugang zu dortigen Vorkommen und beste Exportbedingungen sichern. Dies schreibt das alte Muster neo-kolonialer Ausbeutung fort – gegen die Interessen der Menschen in den Anbaugeländen und zu Lasten der dortigen Umwelt.

Außerdem werden wir uns für die Auszahlung des Klimagelds einsetzen: Es soll die unteren und mittleren Einkommen von den Kosten entlasten, die durch die CO₂-Bepreisung für Klimaschutz gestiegen sind. Das Klimageld steht im Koalitionsvertrag der Ampelregierung, inzwischen will aber keine*r der Koalitionspartner*innen mehr etwas davon wissen. Der Kulturkampf rechter Kreise um das Heizungsgesetz hat jedoch gezeigt, wie brüchig die Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung ist, wenn diese Maßnahmen als sozial ungerecht empfunden werden. Daher ist ein Ausgleich für die CO₂-Bepreisung umso wichtiger. Das Klimageld ist dabei ein wichtiger Baustein, um die Akzeptanz für den sozial-ökologischen Umbau zu erhöhen und Menschen zum Mitwirken zu motivieren. Klima und Soziales gehören zusammen – und dafür setzt Attac sich ein!

Warum wir gerade jetzt für ein Klimageld kämpfen müssen

Umverteilen für den sozial-ökologischen Wandel!

Eigentlich sollte es ein Selbstläufer sein. Im Koalitionsvertrag der Ampel steht: »Wir setzen auf einen steigenden CO₂-Preis als wichtiges Instrument, verbunden mit einem starken sozialen Ausgleich und werden dabei insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen unterstützen.« Und im gleichen Kapitel heißt es: »Um einen künftigen Preisanstieg zu kompensieren und die Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten, werden wir einen sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus entwickeln (Klimageld).«

Mittlerweile ist die aktuelle Bundesregierung zwei Jahre im Amt, geschehen ist aber in Sachen Klimageld leider nichts. Das ist ungerecht, denn die CO₂-Abgabe bezahlen wir bereits alle, zusätzlich zu den auch aus anderen Gründen stark gestiegenen Energiepreisen. Dabei müssen Menschen, die ohnehin bereits jeden Euro zweimal umdrehen müssen, einen besonders hohen Teil ihres Einkommens für Energie aufwenden. Viele wohnen in schlecht gedämmten Wohnungen oder haben einen besonders langen Weg zur Arbeit, weil sie sich auf Grund ihres niedrigen Einkommens keine energetisch sanierte Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes leisten können.

Attac hat daher auf dem letzten Ratschlag beschlossen, eine Kampagne für die schnellstmögliche Einführung eines Klimagelds zu starten. Dabei soll das Klimageld in gleicher Höhe an alle in Deutschland lebenden Menschen ausgezahlt werden, unabhängig von Alter oder Einkommen. Es soll so ausgestaltet sein, dass das ärmere Drittel der Gesellschaft durch die Zahlung in vollem Umfang für die geleisteten CO₂-Abgaben kompensiert wird.

Auf diese Weise würde von oben nach unten umverteilt. Reiche Menschen müssten in der Regel über die CO₂-Abgabe wesentlich mehr bezahlen, als sie über das Klimageld herausbekommen würden. Das liegt daran, dass viele von ihnen auf Grund ihres Lebensstils, zu dem oft große Wohnungen und Urlaubsreisen in ferne Länder gehören, einen hohen CO₂-Verbrauch haben. Bei Menschen mit niedrigem Einkommen wäre es genau umgekehrt. Viele von ihnen könnten von einem solchen System profitieren, da sie mehr Klimageld erhalten würden, als sie vorher für CO₂-Abgaben ausgeben mussten.



Foto: Philip Eichler

In Deutschland fließen die CO₂-Abgaben in einen speziell von der Bundesregierung eingerichteten Fonds, der den Namen Klima- und Transformationsfonds (KTF) trägt. Mit diesem möchte die Bundesregierung ihre Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen finanzieren. Dafür wurde dieser Fonds zu Beginn der Legislaturperiode zusätzlich mit 60 Milliarden Euro ausgestattet, die sich die Vorgängerregierung als zusätzliche Schuldenaufnahme für die Bekämpfung von Corona genehmigen hatte lassen, dann aber doch nicht brauchte. Da diese Schulden unter Umgehung der Schuldenbremse unter Berufung auf die durch Corona hervorgerufene Notlage vom Bundestag beschlossen worden waren, hat das Bundesverfassungsgericht nun dieser Umwidmung widersprochen. Dadurch fehlen der Bundesregierung nun ausgerechnet da 60 Milliarden Euro im Haushalt, wo die Mittel für Klimaschutz und Klimageld eingeplant sein sollten.

Allerdings war schon vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fraglich, ob die Mittel des Fonds überhaupt noch für die Finanzierung eines Klimageldes, wie es Attac und vielen anderen in der Klimagerechtigkeitsbewegung vorschwebt, ausreichen. Denn schon vorher griff die Regierung immer wieder gerne auf die Mittel des KTF zu, wenn sie ein Vorhaben umsetzen wollte, aber nicht wusste, wie sie es

bezahlen soll. Oft waren das auch Maßnahmen, die keinen direkten Bezug zum Klimaschutz haben, wie zum Beispiel die Subventionierung von Chip-Fabriken.

Dabei wäre auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland ausreichend Geld vorhanden. Immer noch fließen jedes Jahr viele Milliarden Euro in klimaschädliche Subventionen. Beispiel dafür sind Unterstützungsmaßnahmen für Diesel, Dienstwagen und Flugreisen. Auch Rüstungsausgaben steigen gerade wieder stark an. Und es könnte auch wieder über eine Reform der Erbschaftssteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer nachgedacht werden. Auch die Schuldenbremse darf kein Tabu sein.

Das Jahr 2023 wird das heißeste Jahr seit 125.000 Jahren sein. Die Menschheit steht kurz davor, das 1,5-Grad-Ziel zu reißen. Die Bekämpfung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn alle Maßnahmen zum Klimaschutz auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen. Dass es dabei gerecht zugeht, ist eine Grundvoraussetzung, und Klimageld dafür ein notwendiger, wenn auch für sich allein noch lange nicht ausreichender Baustein.

Stephan Lindner ist Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern im Koordinierungskreis von Attac.

Akku voll, Umwelt kaputt?

Lithium-Raubbau der EU in Chile stoppen!



Foto: Sascha Bachmann / @still_sascha

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA waren in aller Munde. Doch die EU schließt solche Abkommen inzwischen am laufenden Band ab. Bei dem »modernisierten« Assoziierungsabkommen mit Chile steht unter anderem die Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Lithium im Vordergrund. Doch auch als Absatzmarkt wird Chile gern gesehen.

Aber das Abkommen ist alles andere als modern. Es beinhaltet Sonderklagerechte für Konzerne, die undemokratisch sind und Konzerne vor staatlichen Regulierungen bewahren sollen. Aussagen über Umwelt, Klimaschutz, Menschenrechte sind auch in diesem Abkommen wieder völlig unverbindlich. Man hat die Themen im Blick und bemüht sich, mehr nicht. Dass es auch anders ginge, zeigt das Abkommen mit Neuseeland. Es enthält im Kapitel für Handel und nachhaltige Entwicklung immerhin die Möglichkeit von Sanktionen bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen oder die ILO-Kernarbeitsnormen.

Lithium spielt in den Industriestaaten eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende. Mit Importen aus Chile sollen unsere »westliche« imperiale Lebensweise erhalten und die Transformation in eine angeblich »grüne«, aber weiterhin wachstumsorientierte Wirtschaft abgesichert werden.

Chile ist zweitgrößter Produzent von Lithium. Doch in Chile wird nicht produziert, sondern vor allem abgebaut. Es ist Rohstofflieferant. Wertschöpfung geschieht allerdings dort, wo Akkus mit dem Lithium hergestellt werden: in China oder in Europa. Verträge wie das EU-Chile-Assoziierungsabkommen schaffen einen Kolonialismus 2.0, der das alte Muster der Handelsungleichgewichte und Abhängigkeiten fortsetzt und festschreibt. Die neokoloniale Rohstoffausbeutung in Chile hat auch beträchtliche Auswirkungen auf Umwelt und Lebensgrundlagen der indigenen Gemeinschaften in der Atacama-Wüste. Ihre Rechte sind im Abkommen nicht berücksichtigt, müssten also auch bei Handelsstreitigkeiten von sogenannten Schiedsgerichten nicht berücksichtigt werden.

Mit der Zerstörung des Ökosystems verlieren die Menschen, die in den Oasen dieser extrem trockenen Umwelt schon seit prähistorischer Zeit leben, Lebensraum, Ackerflächen und Kultur. Bauern bemerken bereits heute, dass der Wasserspiegel des lebensspendenden Flusses sinkt und der Ertrag ihrer Felder zurückgeht. In der Salzebene der Atacama wird nämlich nicht nur die Lithiumsole abgepumpt. Auch riesige Mengen Grundwasser, die in einer der trockensten Wüsten der Erde kaum erneuerbar sind, werden für die Gewinnung von Lithium verbraucht. Gefährdet sind dadurch auch drei

Arten Flamingos, die in der Wüste leben. Durch den Lithium-Abbau ist der Wasserspiegel der zentralen Lagune schon gesunken, die Zahl der Flamingos geht bereits zurück. Sogar die an extremes Wüstenklima angepassten Johannisbrotbäume verdorren, weil ihre Wurzeln den fallenden Grundwasserspiegel nicht mehr erreichen. Und der Abbau soll sogar um ein Vielfaches gesteigert werden. Strengere Regulierungen wären nötig um Menschen, Tiere und Pflanzen zu schützen. Ist das EU-Chile-Abkommen aber erst in Kraft, können betroffene Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten für ihre dadurch entgangenen Gewinne hohe Entschädigungen einklagen. Das macht den Schutz des sensiblen Ökosystems Atacama-Wüste dann unter Umständen einfach zu teuer.

Das Abkommen mit Chile steht beispielhaft für zahlreiche weitere neoliberale Freihandelsabkommen. Chile war das erste Land, das – unter der Militärjunta von Pinochet – einer neoliberalen Schocktherapie unterzogen wurde. Ökonomen sahen die Diktatur als ideal für die Verwirklichung ihrer menschenverachtenden wirtschaftspolitischen Ideen an. Auch diese Abkommen wirft die Reichtümer der Erde profitungrigen Konzernen zum Fraß vor. Statt weiterhin auf Gewinnmaximierung zu setzen, gilt es demokratisch auszuhandeln, ob und wie wir diese Schätze nutzen wollen. Vor allem Betroffene vor Ort müssen dabei miteinbezogen werden.

Die EU möchte das Abkommen splitten, um den handelspolitischen Teil an den nationalen Parlamenten vorbei in Kraft setzen zu können. Und auch die anderen Teile sollen noch im April 2024, also vor der Europawahl, durch das EU-Parlament ratifiziert werden. Doch die Erde steht allen Menschen gleichermaßen zu! Sie muss so behandelt und genutzt werden, dass ein gutes Leben für alle Menschen in einer intakten Umwelt möglich ist. Das geht nicht mit undemokratischen Verträgen aus dem letzten Jahrtausend! Deshalb engagiert sich Attac mit einer neuen Kampagne gegen diesen Rohstoffraub durch die EU. Die erste Aktion dazu fand anlässlich der Kabinettsitzung am 22. November vor dem Kanzleramt statt – doch das war erst der Anfang!

Helga Reimund ist aktiv in der Attac-Arbeitsgemeinschaft Welthandel und WTO.

Kulturkampf ums Klima, Interessen und Macht

Alles nur eine Frage der Meinung?



Foto: Junges Attac

In der Klimafrage tun sich gruselige Allianzen auf: Die AfD bestreitet, dass die Klimakrise menschengemacht ist. Friedrich Merz findet Klimaschutz in der Politik überbewertet. Christian Lindner will ihn nur, wenn er wenig kostet. Die Wirtschaftslobby prophezeit das Ende der deutsche Exportmeisterschaft infolge von Klimaschutzauflagen. Die Blockadefront reicht von rechtsextremen Blogs über die Lobby der fossilen Industrie bis weit hinein in die bürgerliche Mitte. Die völlig verkorkste Debatte um das Heizungsgesetz hat deutlich gemacht: Klimaschutz darf es nur geben, wenn er nicht viel kostet und keine Wirtschaftsinteressen gefährdet. Sobald die materiellen Interessen derjenigen bedroht werden, die vom gegenwärtigen Zustand profitieren, stoßen Klimaschutzmaßnahmen auf massivsten Widerstand.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet Klimaschutz. Trotzdem ist es der Blockadeallianz von Rechtsextremen, bürgerlichen Parteien, Gaslobby und Springerpresse gelungen, das Heizungsgesetz fast bis zur Wirkungslosigkeit abzuschwächen. Die Medien

haben ihren Teil dazu beigetragen, indem sie die Interessenspolitik nicht als solche benannt, sondern als legitime Debatte inszeniert haben. Was als Meinungsstreit daherkam und teilweise als Kulturkampf überhöht wurde, war jedoch knallharte Interessenvertretung: Die Gaslobby will die Profitinteressen ihrer Branche schützen, unterstützt von der FDP und der Bildzeitung. Die rechtsextreme AfD will Volksnähe demonstrieren, indem sie sich für die vermeintlichen Interessen der kleinen Leute einsetzt. Hetze gegen Klimaschutz wird zum Mittel, die eigene Popularität zu steigern, so die »Brandmauer« einzureißen und die bürgerliche Mitte zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Diese Blockadeallianz verbindet keinerlei gemeinsames positives Ziel, keine Vorstellung, wie die ökologischen und sozialen Fragen der Gegenwart beantwortet werden können. Was sie verbindet, ist ein gemeinsames Feindbild: Alle, die sich für eine sozialere und ökologischere Wirtschaft einsetzen. Und sie stößt damit auf breite Zustimmung. Viele Menschen sind angesichts der vielen und sich zuspitzenden Krisen

verunsichert – eine menschliche Reaktion, denn Veränderungen und eine Abkehr vom Gewohnten sind häufig per se angstbehaftet. Die begründete Befürchtung, dass die Krisenbewältigung vor allem auf dem Rücken der Normalverdiener*innen ausgetragen wird, führt dann zu einer riesigen Skepsis gegenüber denjenigen, die für einen radikalen Umbau der Wirtschaft und die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz eintreten.

Was Hoffnung macht: Die gesellschaftliche Zustimmung für die Blockadeallianz lässt sich auch aufbrechen – und zwar dann, wenn sich die mögliche Verbindung zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit an ganz konkreten Forderungen und Maßnahmen zeigt. Das 9-Euro-Ticket war eine dieser Maßnahmen. Viele, die sich das vorher nicht leisten konnten, waren plötzlich mobil, und das auch noch deutlich weniger klimaschädlich als mit dem Auto. Mit dem 49-Euro-Ticket ist dieser Effekt nur noch deutlich abgeschwächt spürbar, und mit einer weiteren Verteuerung des Tickets würde er verpuffen. Deshalb setzt sich Attac für ein dauerhaft günstiges Deutschlandticket ein. Nach Berechnungen des Umweltbundesamts könnte allein die Streichung klimaschädlicher Subventionen wie das Dienstwagenprivileg oder die Steuerfreiheit auf Kerosin 65 Milliarden Euro jährlich in die Staatskasse spülen – finanzierbar wäre ein solches Ticket also allemal. Auch mit einem Klimageld könnte die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz erfahrbar gemacht werden: Richtig umgesetzt würde es die von steigenden CO₂-Preisen besonders betroffenen Menschen mit wenig Einkommen entlasten (Siehe auch Seite 2). Ein günstiges Deutschlandticket, Klimageld und weitere Maßnahmen mit sozial-ökologischer Ausrichtung würden die breite Zustimmung für die Blockadeallianz schwinden lassen. Eines lässt sich nämlich von deren Strategie lernen: Der Kulturkampf muss an konkreten politischen Forderungen geführt werden, nicht in allgemeinen Debatten. Nur so lässt sich zeigen: Eine soziale, ökologische und gerechte Wirtschaft ist möglich!

Thomas Eberhardt-Köster ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und aktiv in der Kampagnengruppe Klimageld.

Rechtsruck

»Die AfD will 2024 nach der Macht greifen«

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen offenbaren einen deutlichen Rechtsruck. Judith Amler erläutert im Gespräch Ursachen und Gegenstrategien.

Der Rechtsruck in Deutschland, wie er sich in den Landtagswahlen in Hessen und Bayern manifestierte, hat viele Menschen schockiert. Warst du von den Wahlergebnissen überrascht?

Diese Wahlergebnisse hatten sich leider bereits seit längerem angedeutet, was nicht bedeutet, dass sie nicht entsetzlich sind. Schließlich hätte spätestens nach dem letzten AfD-Bundesparteitag klar sein müssen, dass die AfD das ist, was Attac und andere schon seit langem sagen: eine im Kern faschistische Partei. Was mich entsprechend viel mehr umtreibt, ist das Ausbleiben einer deutlichen Reaktion aller Demokrat*innen auf die Erfolgswelle der AfD. In den 1980er, 1990er Jahren gab es große Demos, Lichterketten, Mahnwachen – das alles fehlt jetzt.

Wie kommt es dazu?

Wir leben in einer Zeit von sich überlappenden und bedrohlichen Krisen, in denen Menschen verunsichert sind. Um für Demokratie und Zukunft zu kämpfen, bedarf es allerdings Hoffnung, und die regierende Ampel-Koalition vermittelt diese nicht. Stattdessen gibt es typische »Denkzettel«-Wähler*innen, die die Regierung mit einer Stimme für die AfD abstrafen wollen. Dabei wird nicht begriffen, wie gefährlich das für die Demokratie ist. Die AfD schickt sich an, nach der Macht zu greifen – und viele demokratische und menschenrechtliche Errungenschaften abzuschaffen. Es ist ihr gelungen, das Mittel der Angst zur Grundlage jeder Politik zu machen und den gesellschaftlichen Diskurs konsequent nach rechts zu verschieben. Dabei ist der Versuch vieler Parteien, der AfD Anteile zu nehmen, indem man sich ihrer Rhetorik annähert und große Teile rechter Programmatik umsetzt, mit einem nüchternen Blick auf die Lage gescheitert. Das »Original« wurde gestärkt und kein einziges Problem wird gelöst

Kannst Du das näher erläutern?

Es gibt in der Geschichte der Bundesrepublik seit jeher einen gewissen Anteil in der Bevöl-



Foto: Aufstehen gegen Rassismus

kerung mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild, der jedoch eher punktuell sichtbar wurde. Inzwischen kippt fast die gesamte deutsche Parteienlandschaft aus Angst vor der AfD nach rechts – dabei ist wissenschaftlich belegt, dass rechtsextreme Wähler*innen durch eine einwanderungsfeindliche Rhetorik überhaupt erst aktiviert werden. Was wir jedoch brauchen, ist eine Politik, die sich den bestehenden Problemen stellt und hierfür sozial sowie ökologisch glaubwürdige Konzepte auf den Weg bringt.

Woran denkst Du hier zuerst?

Ohne Frage haben viele Kommunen derzeit Probleme bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten. Diese lassen sich allerdings lösen, wenn wir die Kommunen finanziell besser ausstatten und generell für Investitionen in die Zukunft sorgen. Neoliberale Konzepte wie zum Beispiel die Schuldenbremse scheitern angesichts der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit, und es ist dramatisch, dass sich Parteien zur Ablenkung von diesem notwendigen Eingeständnis stattdessen

in Kulturkämpfen ergehen. In Hessen nimmt eine neue Regierung unter Missachtung der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit das Verbot einer inklusiven Sprache in ihre Agenda auf. Welches der aktuell brennenden Probleme soll das lösen? Das stärkt nur ein rechtes Narrativ und verschleiert letztendlich, dass die Regierungsparteien aktuell wenig zur Krisenbewältigung beizutragen haben.

Was ist aus Deiner Sicht zu tun?

Wir brauchen glaubhafte Konzepte für ein besseres Leben für alle, um Protestwähler*innen zu erreichen. Und ich bin mir sicher, dass es viele Menschen gibt, die auf eine Gelegenheit warten, ihren Protest gegen die Erfolgswelle antidemokratischer Kräfte auf die Straße zu bringen. Dort müssen wir etwas tun, und mit Angst lässt sich Demokratie nicht retten.

Was setzen Attac und insbesondere die Arbeitsgruppe »Attac gegen rechts« dem Rechtsruck entgegen?

Im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« aktivieren wir Menschen an der Basis zum Engagement gegen rechts, und dies gelingt uns auch in den östlichen Bundesländern mit wachsendem Erfolg. Im November haben wir die zwanzigtausendste Person als »Stammtischkämpfer*in« ausgebildet, um auf argumentativer Ebene in Diskussionen mit Kolleg*innen oder Nachbar*innen sattelfest gegen rechtsradikale Parolen zu sein – das ist ein toller Erfolg! Attac selbst leistet gerade in der »Arbeitsgruppe gegen rechts« Bildungsarbeit gegen rechte Rhetorik und gegen Desinformation. Doch mindestens genauso wichtig ist, was Attac auf allen Ebenen versucht: Positive, gerechte Konzepte zu entwickeln, mit denen die angesichts der bestehenden Krisen nötigen Veränderungen nicht als Bedrohung, sondern als Chance hin zu einem guten Leben für alle verstanden und mitgegangen werden. Nur so lässt sich Rechten der Nährboden der Angst entziehen, und dies gilt es auf der Straße auch gegen rechts zu zeigen!

Judith Amler ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und aktiv in der Attac-Arbeitsgemeinschaft gegen rechts.

attac.de/gegen-rechts



Don't burn our future, Foto: Stephanie Handtmann



Fake-Plakate bei IAA, Foto: attac.de

Rückblick

2. August 2023

Globaler Erdüberlastungstag

In diesem Jahr war der globale Erdüberlastungstag (Earth Overshoot Day) bereits am 2. August. Dieser Tag markiert, dass die Menschheit alle natürlichen Ressourcen, die die Erde innerhalb eines Jahres zur Verfügung stellen kann, für das laufende Jahr aufgebraucht hat, und rückt Jahr für Jahr weiter vor. Attac fordert daher einen radikalen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft im globalen Maßstab. Denn es geht nicht nur darum, dass alle bewusster und weniger konsumieren, sondern vor allem die sozialen und ökonomischen Verhältnisse im globalen Maßstab so zu verändern, dass ein gutes Leben für alle möglich ist – im Einklang mit den begrenzten, natürlichen Ressourcen unseres Planeten.

23. August 2023

Yasuni-Nationalpark:

Klimagerechtigkeit statt Ölförderung

In einem historischen Referendum hat sich die Bevölkerung Ecuadors mit 59 Prozent der Stimmen für den Schutz des Regenwaldes im Yasuni-Nationalpark entschieden. Bei diesem Amazonasgebiet handelt es sich um eine der artenreichsten Regionen der Erde. Regierung und Ölkonzerne wollten im Yasuni-Nationalpark neue Ölfelder erschließen. Attac engagiert sich gegen Energiekolonialismus und für Klimagerechtigkeit. Deshalb haben wir die ecuadorianische Kampagne für ein Referendum zum Erhalt des Yasuni-Nationalparks mit einer Spendenaktion unterstützt und freuen uns über den Erfolg!

3. September 2023

Bahn statt Autobahn!

Mit einem gemeinsamen Aktionsbild ist ein Bündnis aus Attac, dem BUND Naturschutz in

Bayern e.V., der Deutschen Umwelthilfe, Greenpeace Deutschland, den NaturFreunden und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) in die IAA-Protestwoche in München gestartet. Unter dem Motto »Bahn statt Autobahn« haben sich rund 400 Menschen zu einem knapp 40 Meter langen Aktionsbild zusammengefunden und den Schriftzug »Auto-Bahn« gebildet, wobei der Wortteil »Auto« durchgestrichen war.

4. September 2023

Don't burn our future – Verkehrswende jetzt!

Zur Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) haben Attac-Aktive an der Messe München unter dem Motto »Don't burn our future – Verkehrswende jetzt!« protestiert. Als Autokonzerne und Bundesverkehrsminister Volker Wissing verkleidete Aktivist*innen zündeten ein menschengroßes 1,5-Grad-Zeichen an, um den drohenden Kurs in die Klimakatastrophe bei Überschreitung der 1,5-Grad-Begrenzung der Erderwärmung symbolisch aufzuzeigen.

7. September 2023

Fake-Plakate bei IAA: Autoland ist abgebrannt, abgesoffen und ausgedörrt

Mit einer Adbusting-Aktion zur IAA in München kritisierten Attac-Aktivist*innen die klimaschädliche Autoindustrie. Sie brachten in der Nacht vom 6. auf den 7. September satirisch verfremdete Werbeplakate eines bekannten Autoherstellers in zahlreichen Schaukästen verteilt über das Münchner Stadtgebiet an. Unter dem Slogan »Die Freiheit, die ihr meint« zeigten die Plakate in drei unterschiedlichen Motiven jeweils einen großen SUV, der durch eine dystopische Landschaft fährt.

11. September 2023

»LKW-Kongress« führt in die klimapolitische Sackgasse

Vom 11. bis 12. September fand in Duisburg

der Kongress »Duisburg Automotive Logistics« zur Zukunft des Lastwagen-Verkehrs statt. Die Kongressinhalte drehten sich vorwiegend um das Beibehalten des Gütertransports auf der Straße mit Lastwagen. Mögliche Wechsel zu Elektro- und Wasserstoff-Antrieben als Alternativen zum Verbrenner-Motor sollten auch diskutiert werden. Attac kritisierte, dass ein Antriebswechsel bei einem auf die Straße fokussierten Gütertransport keine Lösung der ökologischen Probleme darstellt und fordert, dass ein umweltverträglicher Warenverkehr weitgehend auf die Schiene verlegt werden muss.

18. September 2023

Jin, Jiyan, Azadî – Frau, Leben, Freiheit

Am 16. September jährte sich zum ersten Mal der Todestag von Jina Mahsa Amini im Iran. Die junge Frau starb in Polizeigewahrsam, nachdem sie wegen angeblichen Verstoßes gegen die islamische Kleiderordnung festgenommen worden war. Auf ihren Tod folgten im Herbst 2022 die größten Massenproteste seit Jahrzehnten und landesweite Demonstrationen unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit«. Attac forderte die Bundesregierung auf, endlich zu handeln und unterstützte die Demonstrationen und Aktionen, die am 16. September in vielen Städten stattfanden.

22. September 2023

Aktionen für Frieden in der Ukraine in zahlreichen Städten

Unter dem Motto »Stoppt das Töten in der Ukraine« fanden rund um den internationalen Tag des Friedens in vielen Städten Deutschlands Aktionen gegen den Krieg in der Ukraine statt. Im Bündnis mit 17 Friedens-, Umwelt- und antifaschistischen Gruppen steht Attac an der Seite der Menschen in der Ukraine, verurteilt den russischen Angriff und fordert Wladimir Putin zum Rückzug seines Militärs auf.



Cargo makes the world go down, Foto: Stephanie Handtmann



Kauf-Nix-Tag, Foto: attac.de

6. Oktober 2023

Cargo makes the world go down:

Weniger Güterverkehr, mehr Lebensqualität!

Attac-Aktive protestierten im Duisburger Hafen, dem größten Binnenhafen der Welt und dem Ende einer der neuen Seidenstraßen, mit einem Aktionsbild auf dem Wasser gegen den klimaschädlich wachsenden Güterverkehr. In Schlauchbooten spannten Attacies ein großes Banner mit dem Slogan »Cargo makes the world go down: weniger Güterverkehr, mehr Lebensqualität!« auf dem Wasser zwischen sich auf. Das Zünden von Rauchtöpfen symbolisierte dabei die schädlichen Abgase durch den übermäßigen Cargo-Verkehr mit Lastkraftwagen und Container-Schiffen.

7. Oktober 2023

Debattentag zur sozial-ökologischen Transformation

Im Rahmen des Debattentages in Duisburg tauschten sich Attacies zu den vielfältigen Fragen rund um die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft aus. Bei dem Schlusspodium »Wer und wie? Transformationsbündnisse und Umsetzungsstrategien« diskutierten Vertreter*innen unterschiedlicher Organisationen, welche Allianzen zielführend auf ein Umdenken in unserer Gesellschaft und ein Umlenken der Politik hinwirken könnten.

10. Oktober 2023

Tag der Frauensolidarität gegen die Taliban

Attac befürwortet den Kampf der Afghan*innen für ihre Grundrechte und solidarisierte sich daher am Tag der Frauensolidarität gegen die Taliban mit der afghanischen Zivilbevölkerung. Seit die Taliban im August 2021 die Macht übernommen haben, erließen sie zahlreiche Dekrete und Richtlinien, durch die die afghanischen Mädchen und Frauen* immer weiter entrechtet wurden. Sie wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt. Ihr Zugang zu zivilen

Rechten und Freiheiten wurde radikal beschnitten. Frauenrechtsaktivist*innen werden massiv bedroht. Trotzdem stehen afghanische Frauen nach wie vor an vorderster Front des Widerstands gegen die Unterdrückung durch die religiös-terroristischen Taliban.

16. Oktober 2023

Breites Jugendbündnis fordert starkes EU-Lieferkettengesetz

Ein breites Bündnis aus 23 Jugendverbänden aus ganz Deutschland, darunter Junges Attac, appellierte im Vorfeld der EU-Minister*innenratsitzung in einem offenen Brief an Bundeskanzler Scholz und die zuständigen Bundesminister*innen Buschmann, Habeck, Heil, Lemke und Schulze, sich im EU-Minister*innenrat für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz einzusetzen.

17. November 2023

Die EU blockiert den nächsten Schritt für mehr globale Steuergerechtigkeit

Attac fordert im Bündnis mit insgesamt 227 zivilgesellschaftlichen Verbänden und Gewerkschaften aus 70 Staaten in einem Brief die Finanzminister*innen und Außenminister*innen aller UN-Staaten auf, den Resolutionsentwurf der Afrika-Gruppe für die UN-Generalversammlung zu unterstützen und bis 2025 eine rechtsverbindliche UN-Steuerkonvention auszuarbeiten.

20. November 2023

Schluss mit der patriarchalen Gewalt gegen FLINTA*!

Attac solidarisierte sich zum Transgender Day of Remembrance und dem Internationalen Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen mit den Betroffenen und rief zur Teilnahme an Protesten auf. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Maßnahmen treffen, um die zahlreichen Femizide zu beenden und die Gewalt gegen

FLINTA* und Queers zu unterbinden. Denn patriarchale Gewalt geht uns alle an und darf nicht toleriert werden.

22. November 2023

Akku voll, Umwelt kaputt? – Lithium-Raub der EU in Chile stoppen!

Anfang Dezember soll die Ratifizierung des EU-Chile-Abkommens bei einer Sitzung des EU-Minister*innenrats weiter vorangetrieben werden. Im Vorfeld dazu stimmte das Regierungskabinett bei seiner Sitzung am 22. November im Bundeskanzleramt über eine Unterstützung des Abkommens durch Deutschland ab. Deshalb trugen Attac-Aktive ihre Kritik am Lithium-Raub der EU in Chile mit einer Bildaktion vor das Tor des Kanzleramts und forderten das Bundeskabinett auf, sich gegen die Ratifizierung des Abkommens einzusetzen. Mehr Infos zur Kampagne auf Seite 3.

25. November 2023

Kauf-Nix-Tag – dem Konsumdiktat entgegenzutreten!

Attac setzt sich für einen sozial-ökologischen Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ein. Am Kauf-Nix-Tag machten Attac-Aktivist*innen auf die sozialen und ökologischen Folgen des überproportional gewachsenen Gütertransports aufmerksam und setzen sich für ein ressourcenschonendes, soziales und gerechtes Wirtschaften ein.

Ausblick

Januar 2024

Kampagnenauftakt »Klimageld«

Mehr Infos zur Kampagne auf Seite 2.

Weitere Termine:

attac.de/veranstaltungen

Soziale Kommunalpolitik wirkt

Wie wohnt Wien?

Linke Kommunalpolitik kann unseren Alltag konkret und signifikant verbessern. Besonders deutlich wird das beim Thema Wohnen. Im Auftrag der Arbeiterkammer hat die TU Wien vor zwei Jahren die Wohnversorgung in Wien, Berlin, Hamburg, Paris und London verglichen – alles Städte, in denen die Bevölkerungszahl seit der Jahrtausendwende rasch ansteigt und in denen es am Wohnungsmarkt eng wird. Ein höherer Wohnungsbedarf und eine massive Finanzveranlagung in Immobilien haben in all diesen Städten den Druck am Wohnungsmarkt in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Dennoch ist die Wohnversorgung in Wien immer noch deutlich besser. Die Studie ergab: Jeder zweite Miethaushalt in Berlin gibt mindestens 40 Prozent seines verfügbaren Haushaltseinkommens für die gesamten Mietkosten aus. Demgegenüber geben in Wien mehr als die Hälfte der Haushalte weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Warmmiete aus; den Miethaushalten in Wien bleibt also deutlich mehr von ihrem Einkommen zur freien Verfügung.

Was macht Wien anders? Auch in der österreichischen Hauptstadt wird der Preisdruck immer höher. Einige internationale Ereignisse der letzten Jahre haben am Wiener Wohnungsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Doch eine konsequente soziale Wohnpolitik bietet in Wien eine Grundlage, um diesen Druck ausgleichen zu können: Erstens wird die Höhe des Wohnungsangebots durch investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand direkt beeinflusst, zweitens ist die Preisbildung bei dem durch Wohnbauförderungsmittel generierten Teil des Neubauangebots öffentlich geregelt.

Die Wohnversorgung in Wien basiert auf einem Bündel an Maßnahmen. Kommunale und gemeinnützige Wohnungsbestände, die Wohnbauförderung, ein eigener Bodenfonds sowie der Mieter*innenschutz ergeben zusammen das sogenannte »Wiener Modell«. Die Resultate der Studie bestätigen deutlich, wie wirkungsvoll dieses Modell ist.

Maßgeblich sind für dieses Ergebnis verschiedene wohnpolitische Instrumente. So gründete die Stadt Wien Mitte der 1980er Jahre einen Bodenbereitstellungsfonds, der heute »Wohnfonds Wien« heißt. Dieser betreibt eine lang-



Foto: attac.de

fristige Bodenbevorratung mit dem Ziel, dass seine durchschnittlichen Ankaufspreise einen späteren Verkauf der Liegenschaften zu den im Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhausanierungsgesetzes (WWFSG) festgeschriebenen Grundkostenobergrenzen ermöglicht. Zum gegebenen Zeitpunkt kommt diesem Instrument zentrale Bedeutung zu. Seit 2016 stellt dieser Fonds verstärkt Grundstücke für den geförderten Wohnbau zur Verfügung.

Zusätzlich dazu hat die Stadtregierung in der zweiten Jahreshälfte 2018 eine neue Widmungskategorie »geförderter Wohnbau« beschlossen. Diese ist anzuwenden, wenn die Eigentümer*innen größerer Flächen mit einer Baulandwidmung begünstigt werden. Dabei ist vorgesehen, dass zwei Drittel der gewidmeten Nutzfläche gemäß den Obergrenzen aus dem WWFSG preisbeschränkt sind. Gemäß ersten Berichten aus der Praxis ist bislang keine Bodenhortung eingetreten.

Das nächste wesentliche Instrument der Wiener Wohnbaupolitik ist die Wohnbauförderung. Die Neubauförderungsausgaben der Stadt betragen in den Jahren 2015 bis 2017 rund 280 Millionen Euro pro Jahr. Der überwiegende Teil davon wurde und wird in Form von Darlehen mit 35-jähriger Laufzeit und einem fixierten Zinssatz in der Höhe von einem Prozent bereitgestellt. Das ermöglicht eine Regulierung des Wohnungsangebots; vor allem gemeinnützige Bauvereinigungen bewerben sich um diese Mittel.

Die in Österreich nach wie vor vorhandene gemeinnützige Wohnungswirtschaft ist für die Wiener Wohnbaupolitik eine wesentliche Institution. Gemeinnützige Bauvereinigungen unterliegen hinsichtlich ihrer Preisbildung dem sogenannten Kostendeckungsprinzip sowie ferner einer strikten Vermögensbindung. Sie sind im Gegenzug nicht körperschaftsteuerpflichtig. Da die Wiener Fördermittel für den Neubau überwiegend von gemeinnützigen Bauvereinigungen genutzt werden, sind diese Wohnungen während ihrer gesamten Nutzungsdauer preisgebunden.

Abschließend sind noch zwei wesentliche Feststellungen zu treffen: Erstens sind auch die Neuvermietungen in den sehr großen kommunalen Wiener Wohnungsbeständen vom Auf und Ab des Bodenmarktes gänzlich abgekoppelt. Zweitens wird auf Wohnungsmieten in Österreich der ermäßigte Mehrwertsteuersatz angewandt, was eine steuerliche Begünstigung darstellt.

Grundsätzlich lässt sich sagen: Wien ist mit diesem Instrumentarium trotz steigenden Drucks auf dem Wohnungsmarkt auch für die Zukunft gut gerüstet – und könnte damit weiterhin als gutes Beispiel im Sinne einer sozialen Kommunalpolitik dienen, auch und gerade für deutsche Großstädte, in denen es am Wohnungsmarkt extremen Druck gibt.

Lukas Tockner ist Referent für Wohnungspolitik bei der Arbeiterkammer Wien.

#wirfahrenzusammen

Schlechte Verbindungen, lange Wartezeiten, überfüllte Busse und Bahnen prägen das Bild des öffentlichen Nahverkehrs. Für die Beschäftigten des ÖPNV hat sich die Arbeit immer weiter verdichtet. Hohe Krankenstände und Personalmangel führen zusätzlich zu Fahrausfällen. Einen guten und verlässlichen ÖPNV kann es aber nur geben, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Nur so werden sich genügend Fahrer*innen für die zusätzlichen Busse und Bahnen finden, die für eine Verdopplung des ÖPNV bis 2030 nötig sind. Schon jetzt fehlen ca. 80.000 Beschäftigte. Und um Beschäftigte aus der Automobilbranche – die zurückgebaut werden muss – für einen Wechsel in den ÖPNV zu motivieren, braucht es ebenfalls »gute Arbeit« im ÖPNV.

2020 hat Fridays for Future den Verdi-Tarifkampf TVN2020 um bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV unterstützt. Erstmals haben damals Klimaktivist*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam für eine sozial-ökologische Mobilitätswende gekämpft, und in einigen Städten waren wir als Attac dabei.

Jetzt geht es in die nächste Runde. Anfang 2024 werden die Tarifverträge Nahverkehr neu verhandelt. Unter #wirfahrenzusammen haben sich in vielen Städten Beschäftigte und Klimaaktivist*innen zusammengetan und sammeln in einem ersten Schritt Unterschriften für eine Petition »Vorfahrt ÖPNV! – Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV«. Am 31.12. endet die Friedenspflicht

bei den Tarifverträgen und es ist absehbar, dass bessere Arbeit für die ÖPNV-Kolleg*innen nur mit Streiks erkämpft werden können. Die Unterstützung durch Klimabewegung und Zivilgesellschaft ist dabei nötig und wertvoll.

Als Attac haben wir nach dem Tarifkampf 2020 gemeinsam mit Verdi, der EVG, VCD und BUND das Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft« gebildet und die Verkehrspolitiker*innen in Bund und Ländern immer wieder mit Forderungen nach einer ausreichenden Finanzierung der Mobilitätswende genervt. Das müssen und werden wir weiter tun in Zeiten, wo nicht mal die Finanzierung des 49-Euro-Tickets gesichert ist!

Listen für die Unterschriftensammlung und mehr Infos: wir-fahren-zusammen.de

Aktiv ins neue Jahr!



Foto: Sascha Bachmann / @still_sascha

Attac hat auf dem Herbststratschlag zwei neue Kampagnen beschlossen, mit denen wir uns im kommenden Jahr einmischen wollen: Zum einen werden wir alles geben, um das EU-Chile-Abkommen zu verhindern (siehe Seite 3), zum anderen werden wir der Ampelkoalition Druck machen, damit sie endlich ihr Versprechen hält,

das Klimageld einzuführen (siehe Seite 2). Zu beiden Themen haben sich Kampagnengruppen zusammengefunden und arbeiten bereits inhaltlich und bereiten Aktionen und Materialien vor. Gegen das EU-Chile-Abkommen gab es schon erste Aktivitäten: Vor dem Kanzleramt unterstrichen Attacies mit einer Aktion die For-

derung nach einer Ablehnung des Abkommens durch Deutschland im Minister*innenrat der EU. Denn wenn das Abkommen durchkommt, wird der Rohstoffraub den Grundwasserspiegel in der Atacama-Salzwüste unwiederbringlich senken und Ökosysteme zerstören. Das gefährdet die Lebensgrundlage der ansässigen indigenen Gemeinschaften – und die Existenz der Atacama-Flamingos. Deshalb sind sie auch das Maskottchen der Kampagne; wir freuen uns auf viele farbenfrohe Aktionen, die dem wichtigen Thema hoffentlich viel Aufmerksamkeit verschaffen.

Auch die Klimageld-Kampagne wird mit voller Kraft loslegen müssen. Das Klimageld war ein Versprechen der Ampelkoalition, um die erhöhte CO₂-Bepreisung sozial zu gestalten. Doch die Abgabe bezahlen wir alle längst – der soziale Ausgleich lässt auf sich warten, und es steht zu befürchten, dass er gar nicht kommt. Deshalb ist es höchste Zeit, dass wir Druck machen. Der ökologische Wandel muss sozial sein!

Mehr Infos zu beiden Kampagnen unter attac.de/lithiumraub und attac.de/klimageld

Menschen in Attac

»Klimagerechtigkeit geht nur sozial und international«



Foto: Stephanie Handtmann

Noa Neumann ist 21 und studiert Politikwissenschaften, jährlich wechselnd in Frankreich und in Deutschland. In beiden Ländern ist dey auch politisch aktiv – zum Beispiel in Frankreich in der Gewerkschaft, in Deutschland bei Attac. Wir haben darüber gesprochen, was Noa dabei antreibt.

Noa, wie bist du bei Attac gelandet?

Als ich 14 war habe ich angefangen, mich politisch zu engagieren. Ich bin auf dem Land aufgewachsen, und da war die Mitarbeit in einer Partei der vorerst naheliegende Einstieg in politisches Engagement. Mit 16 oder 17 Jahren habe ich eine Fridays-For-Future (FFF)-Ortsgruppe gegründet. Das hat Spaß gemacht, weil es eine ganz andere Form von Engagement war, als ich es aus der Parteiarbeit kannte, in der man in den Strukturen gefangen und an die Beschlüsse der Partei gebunden ist, egal ob man damit einverstanden ist oder nicht. In sozialen Bewegungen ist es möglich, eine breitere Perspektive auf Politik einzunehmen. Bei FFF habe ich viel über politisches Engagement und über Aktivismus gelernt. Auch in Frankreich habe ich mich weiter bei FFF und in der Gewerkschaft organisiert. Im Sommer 2022 bin ich eher zufällig in einem Praktikum bei Attac gelandet, um die Arbeit einer politischen Organisation kennenzulernen. Die Europäische Sommeruni in Mönchengladbach konnte ich in der Zeit unterstützen – dass so viele verschiedene Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammenkamen, um

gemeinsam über dieselben Themen zu sprechen, fand ich toll. Diese Veranstaltung hat so viel Spaß gemacht, dass ich mich danach direkt in die Ratschlagsvorbereitung eingebracht habe.

Seitdem bin ich vor allem bei Junges Attac geblieben und vertrete uns auch in der Pressegruppe von Attac. Leider fehlt mir häufig die Zeit, aber während der IAA war ich zum Glück stark in die Pressearbeit eingebunden. Klar, ich mache gern Aktionen, aber es ist mir auch wichtig, von meinen Gründen dafür erzählen zu können. Mich beschäftigt grundsätzlich die Frage, wie man Menschen politische Arbeit und Attac-Themen nahebringt.

Außerdem engagiere ich mich auch in der Attac-AG Internationales, weil mir der internationale Austausch wichtig ist – auch weil ich ja die Hälfte meines Studiums in Frankreich verbringe. In der internationalen Vernetzung zum Beispiel im europäischen Attac-Netzwerk erfährt man viel darüber, woran und wie Attacies aus anderen Ländern arbeiten, was ähnlich ist, was sich unterscheidet, wie verschieden vielleicht auch die politischen Rahmenbedingungen sind – und alle können Anregungen von dort mitnehmen.

Was ist für dich das Besondere an Attac?

Das Zentrale an Attac ist für mich, wie viele verschiedene politische Perspektiven dort zusammenkommen. Es wird zu vielen Themen gearbeitet, die dennoch alle zusammengehören,

aber auch einzeln für sich betrachtet werden können. Überhaupt hat mich bei Attac überrascht, dass es thematisch so vielschichtig ist. Auch wenn alle Themen natürlich zusammenhängen, gibt es so viele verschiedene Gebiete, auf denen man in Attac politisch arbeiten kann, seien es Finanzmärkte, Klimaschutz oder vieles andere. Und doch wird alles zusammen gedacht.

Deshalb kommen in Attac auch Leute aus verschiedenen Themengebieten zusammen, mit unterschiedlichen Aktivist*innen-Biografien und Perspektiven. Dass verschiedene Generationen von Menschen aus unterschiedlichen Spektren in Attac zusammen politisch arbeiten, die alle ihre Erfahrungen und Sichtweisen einbringen, ist schon sehr besonders.

Würdest du sagen, dass Klimawandel dein Kernthema ist?

Ich möchte mich gar nicht auf ein Thema festlegen, aber der Klimawandel ist eben gerade das zentrale Problem unserer Zeit. Der Klimawandel hat ja auch Auswirkungen zum Beispiel auf soziale Fragen; unter einer kaputten Welt leidet letztlich alles und jede*r. Deshalb ist es einfach naheliegend, sich gegen den Klimawandel zu engagieren. Das mache ich ja nicht nur in Attac, wie bei der IAA, sondern war deshalb auch eine Zeit lang bei Sand im Getriebe aktiv.

Das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, wie gravierend das Problem des Klimawandels ist, muss sich radikal ändern, wenn wir den Klimakollaps verhindern wollen; das ist im Augenblick wahrscheinlich die größte Herausforderung. Immer mehr aktuelle Studien scheinen die Befürchtung zu bestätigen, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht eingehalten werden kann. Doch was das bedeutet, ist sehr vielen Menschen noch nicht klar, die Dringlichkeit und Dramatik des Themas ist ihnen nicht bewusst. Das Thema macht Angst, deshalb brauchen wir gute Alternativen, die gesellschaftlich akzeptiert werden. Nur so können wir möglichst viele Menschen mitnehmen, da müssen wir mit unserem Engagement ansetzen – denn Klimagerechtigkeit geht nur sozial und global.

Wer Lust bekommen hat, bei Junges Attac mitzumachen, findet mehr Infos dazu unter attac.de/junges-attac im Netz.

Fake-Plakate im Shop



Während der Internationalen Autoausstellung IAA brachten Attacies satirisch verfremdete Werbeplakate eines bekannten Autoherstellers in zahlreichen Schaukästen an, verteilt über das Münchner Stadtgebiet. Unter dem Slogan »Die Freiheit, die ihr meint« zeigen die Plakate in drei unterschiedlichen Motiven jeweils einen großen SUV, der durch eine dystopische Landschaft fährt: Auf dem ersten Plakat fällt Berlin – erkennbar durch den Berliner Fernsehturm und die Radarstation auf dem Teufelsberg – einem Waldbrand zum Opfer. Auf dem zweiten Plakat geht München im Wüstensand unter; nur noch Teile der Türme der Frauenkirche und des Olympiaparks sind zu erkennen. Auf dem dritten Plakat schließlich versinkt Hamburg mit der Elbphilharmonie und dem Hamburger Michel in den Fluten.

Die »Werbekampagne«, in der »Auto(deutsch) land« abgebrannt, abgesoffen und ausgedörrt ist, richtete sich gegen die Autoindustrie und ihre Greenwashing-Versuche. Autos gelten in Deutschland viel zu oft als das Freiheitssymbol schlechthin. Wir zeigen, welche Freiheit tatsächlich gemeint ist: die Freiheit, für Profite unsere Lebensgrundlagen rücksichtslos zu zerstören! Die Adbusting-Aktion kam bei vielen Menschen gut an. Deshalb gibt es die Plakate jetzt gegen Versandkosten im Attac-Shop zu bestellen – dieses Mal in handlichem A2, damit sie auch zuhause an die Wand passen.

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Wann, wenn nicht jetzt?

Seit dem Beginn des Internetzeitalters stürzen Nachrichtenströme fast ungebremst auf uns ein. Und natürlich nehmen wir die derzeitigen Krisen viel intensiver wahr als andere, weil sie sich nicht nur hauptsächlich im Globalen Süden abspielen, wo das Leben konstant krisenhaft ist, sondern näher an unsere eigene Wirklichkeit rücken. Doch es ist nicht zu übersehen: **Viele dieser Krisen spitzen sich erheblich zu.**

In diesem Jahr haben wir erlebt, dass kriegerische Konflikte andauerten oder wieder aufloseten, sich Gewalt und Grausamkeit brachial durchsetzten. Wir haben extreme Wetterlagen bislang ungekannten Ausmaßes erlebt; der Klimawandel, der viele Menschen in den Ländern des Südens existenziell bedroht, ist längst auch in Europa angekommen. Wir haben erlebt, dass eine in Teilen rechtsextreme Partei sich in

beängstigender Stärke in den Parlamenten einiger Bundesländer breitmacht. Und wir haben erlebt, dass die Ampelkoalition sich von der FDP am Nasenring von einer sozial ungerechten Entscheidung zur nächsten ziehen lässt.

Obwohl es genau jetzt so dringend nötig wäre, geht die Unterstützung für emanzipatorische politische Prozesse, die einen langen Atem brauchen, zurück. Die scheinbar wenig aussichtsreiche politische Lage dämpft bei vielen die Spendenbereitschaft, und die Inflation tut ihr Übriges. Auch Attac leidet spürbar an einem Rückgang der Spenden. Doch gemeinsam können wir die Welt ändern, Fehlentscheidungen abwenden und positive Alternativen so stärken, dass sie Wirklichkeit werden!

Dafür macht Attac sich stark – für einen sozial-ökologischen Umbau, für friedliche Konflikt-



lösungen und für ein gutes Leben für alle. **Mit Spenden kann Attac auch weiterhin an einer besseren Zukunft für alle arbeiten. Gemeinsam können wir viel erreichen!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

R B F 2 3 0 4

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE